20 PFENNIG

NR.14 FREIHEITLICH★SOZIALISTISCHE ZEITUNG FÜR KÖLN

HEINZELPRESS

Nippes gehört uns!!!

MIETERAKTION MONHEIM

Rote Hilfe

FAHNENFLÜCHTIGER BERICHTET

AM 3.11. DURFTEN AUCH EINMAL BÜRGER DER STADT KÖLN AN DIESEM HAMPELMANN ZIEHEN (OBERSTADTDIREKTOR MOHNEN), DER SONST NUR VON GERLING, DER GOTHAER UND ÄHNLICHEN BETÄTIGT WIRD! S.12

G 4237 A — Ausgabe K

Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG

UNABHÄNGIG • SEIT 1802 • ÜBERPARTEILICH

Nummer 255 / 40 Pfennig

QUER DURCH KÖLN

Täglich trifft in Tausenden von Kölner Haushalten ein Blatt ein mit dem vorn aufgedruckten Anspruch: "Unabhängig und Überparteilich" Doch spätestens bei der Lektüre des Lokalteils besteht nicht mehr der geringste Zweifel darüber, daß mit dem "Kölner Stadtanzeiger" jene Ideologie verkauft wird, die den Herrschenden zu pass kommt und konsequent an dem Interessen der Bevölkerung vorbeigeht. Es ist weder Zufall noch irgendwie merkwürdig, daß man als Leser täglich neu gezwungen ist, in einen Sumpf von Bagatellen hinabzutauchen und ein Knäuel von Problemverkehrungen zu entwirren hat; man soll darin hängenbleiben.

INFORMATIONSMÜLL

Nehmen wir einmal die Ausgabe Nr. 234 vom 8.1o.1973.
Da erfuhr der Leser "Elektrische Schläge stärken die Muskeln" (Innenminister Genscher eröffnete Messe mit Geräten für Freizeit und Garten). Es folgte eine unangemessen breit ausgewalzte Beschreibung über "Hunde mit Henkeln" und ein TÜV-geprüftes Trampolin sowie eine spaltenlange Ergehung über die Boxerhunde Junior von Seilersee und Afra von Schönbud, die die Anwartschaft auf das internationale Schönheitschampionat erworben hatten.

In 44 Zeilen wurden Münzsammler beraten und mit 5o Zeilen wurden die "Pferde gesegnet". Ein Pfarrer durfte verkünden daß "die technische Welt mit Tieren menschlicher wird". Und wieder wurde ein Haschischhändler verhaftet.

Hatte man diesen Informationsmüll nun beiseite geräumt, blieb noch eine kleine Notiz zu lesen übrig unter der hoffen machenden Überschrift: "Anträge meist genehmigt". Wer sich nun eigentlich über die genehmigten Anträge freuen sollte, wurde in den folgenden 8 Zeilen klar. Zitat: "Nur 13 Anträge auf Zweckentfremdung von Wohnraum sind in Köln abgelehnt worden, 1o2 wurden genehmigt. Das teilte Innenminister Weyer auf eine kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Anke Brunn mit. Insgesamt gestellt wurden 193 Anträge" Da half kein Umblättern, das war's.

RIESENSCHNULLER

Da wurde nicht etwa Skepsis gegen diese Verordnung zum vermeintlichen "Schutz der Bürger" mobilisiert. Nein. Denn so "Unabhängig" und so "Überparteilich" er auch daherkommt, was dort an Wert- und Ordnungsvorstellungen transportiert wird zeigt klar, mit wem sich der Kölner Stadtanzeiger in der Umarmung befindet und für wen er jeden Tag neu dem Bürger den Riesenschnuller in den Mund steckt. ●



Herr Jacobs und der Sex

Bürgermeister Jacobs (F.D.P.) forderte in Express: "Mehr Sex in die Altstadt"
Ein Anwohner des Martinsviertels schrieb uns dazu: ... wenn der alte Herr (gemeint ist Bürgermeister Jacobs, d.Red.) mehr Sex will, so kann man ihm ja nur gratulieren. Aber doch bitte nicht nicht hier bei uns im Viertel. Uns genügt der Rummel, den wir haben. Wir fordern "Mehr Ruhe in die Altstadt", damit wir endlich wieder einmal ruhig schlafen können. ●

NIPPES GEHÖRT UNS!

Seit Oktober letzten Jahres gibt es in Nippes die "Interessengemeinschaft 6648", die sich durch öffentliche Aktionen gegen den geplanten Bau eines Großparkhauses für 685 PKWs wehrt. Der Bau des Großparkhauses wäre der erste Schritt dazu, "Nippes attraktiver zu machen" - für die Kaufhauskonzerne, Banken und Spekulanten.

In Nippes hinter dem Kaufhof sollen für ein viergeschossiges Großparkhaus (685PKWs) 42 Familien umgesiedelt und 11 Häuser abgerissen werden. Dies soll gegen den Willen und die Interessen der Bewohner geschehen: die Mehrheit der Bewohner arbeitet in Nippes und hat hier enge nachbarschaftliche und familiäre Bindungen, besonders die nachbarlichen Beziehungen zu den ausländischen Familien sind sicher beispielhaft. Dazu kommen noch die rel. nahen Schulen für die Kinder und die guten Einkaufsmöglichkeiten.

DER BEBAUUNGSPLAN

Nachdem im März 1972 der Bebauungsplan Nr. 6648/Sd 3 uns durch Zufall bekannt wurde, haben wir ein Flugblatt mit dem Hinweis auf Eingaben beim Stadtrat verteilt. 22Eingaben wurden ignoriert, der Rat stimmte dem Plan einstimmig zu.
Mit Unterstützung der Gruppe RUDE KAPPES wurden die Betroffenen Bewohner der Garten-und Nelkenstraße aktiv: alle Familien wurden besucht und durch Informationsblätter laufend informiert.
Bei derersten Bürgerversammlung kamen alle Mietparteien, Vertreter der SPD und Pressevertreter.

Die Versammlung beauftragte einige Bewohner, Gespräche mit den Ratsfraktionen und dem Planungsamt zu führen, Aktionen gegen den Bebauungsplan vorzubereiten und den Plan in Nippes bekanntzumachen. Bei den Gesprächen waren die Parteien mit uns der Ansicht, daß das Parkhaus nicht im Interesse der Nippeser Bevölkerung ist: im Endeffekt stellte sich aber heraus, daß unsere Ratsvertreter nicht in der Lage waren auch nur die eigenen Fraktionen zu einer Änderung des Plans zu bewegen.
Für uns hat sich klar gezeigt, daß die Stadt nicht für die Bürger plant, sondern für die Interessen der Konzerne, Banken und Versicherungen. Das heißt in unserem Fall: für den Kaufhof.
Denn seit 10 Jahren versucht der Kaufhof, Häuser aufzukaufen. Bisher hat er 11 Wohnhäuser für seinen bestehenden Parkplatz abgerissen. Doch das reicht ihm nicht. Durch den beschlossenen Bebauungsplan ist der Kaufhof in der Lage, seine Verkaufsfläche um 100% zu vergrößern.

PLANUNGSDEZERNENT BAECKER:

Planungsdezernent Baecker sagte uns, das Parkhaus wäre eine "kommunale Angelegenheit" und würde aus Steuermitteln und aus Mitteln der umliegenden Hauseigentümer mitfinanziert.

UNSERE AKTIONEN:

das Transparent, die Plakate, die Demonstration

Bei der zweiten Bürgerversammlung im Februar, bei der Vertreter aller drei Fraktionen teilnahmen, wurde uns erklärt, daß die Ratsmitglieder zur Zeit der Beschlußfassung nicht ausreichend informiert waren. Trotzdem haben sie entgegen unseren Interessen beschlossen.
Monatelange Gespräche und Verhandlungen führten zu keinem Erfolg: im März hängte die Interessengemeinschaft schließlich ein 30 Meter langes Transparent über ihre Häuser: "Diese Häuser sollen abgerissen werden - Wir ziehen hier nicht aus!"
In die Fenster hängten wir Plakate: z.B.
"Weg mit dem Parkhaus-Plan!"
"Wir wollen hier wohnen-nicht parken"
"Uns kriegt hier keiner raus!"

In Flugblättern wurde die Bevölkerung zu einer Demonstration gegen den Parkhaus Plan aufgerufen, die im April durch die von der "Sanierung" in Nippes betroffenen Straßen zog.



Fortsetzung von S. 3

Denn einen Erfolg hatten die Gespräche mit Planungsamt und Stadtverordneten doch: wir hatten herausgefunden, daß das Parkhaus nur die Spitze des Eisbergs war. Das Parkhaus ist das erste einer Reihe von Projekten, die "Nippes attraktiver machen sollen" mit Kaufhauskonzernen wie Neckermann, Karstadt und Hertie. Attraktiver- aber für wen?! Für die Bewohner von Nippes oder für die Kaufhauskonzerne?!

DAS PLANUNGSAMT

Baudezernent Baecker nennt es "Schicksal", wenn 42 Familien aus ihren Wohnungen vertrieben werden. Herr Rosen, Angestellter beim Planungsamt, äußerte: "Die alten Leute kommen ja sowieso in die Riehler Heimstätten (Altenheim)."

DAS PARKHAUS WÄRE NUR DER ANFANG

Wenn der Parkhaus-Plan verwirklicht würde, müßten auch in den Zufahrtswegen Häuser abgerissen werden. Also weiter Vertreibung der alteingesessenen Bevölkerung in der Garten- Wilhelm- und Florastraße und Abriß von Altbauten.
Das Interesse der Nippeser Bürger ist:
1. daß vorhandene Altbauten erhalten bleiben und verbessert werden.
2. daß natürlich gewachsene Stadtviertel nicht zerstört werden.
Wir sind dagegegen, daß für des Menschen liebstes Kind, den PKW, wertvoller Wohnraum geopfert wird, und daß noch mehr PKWs in unser Wohngebiet eindringen und damit noch mehr Lärm und Abgase.
Wir sind dagegen, daß Stadtplanung zugunsten der Konzerne betrieben wird.
Wir wollen nicht, daß Nippes verödet wie die City.
Wir wollen in Nippes wohnen und leben.

WIR GEBEN NICHT AUF !

Obwohl der Plan rechtskräftig ist, gibt die betroffene Bevölkerung nicht auf:

keiner der Mieter ist bereit, auszuziehen,
keiner der Eigentümer ist bereit, sein Haus zu verkaufen.
Die Betroffenen sind auf die Unterstützung der Nippeser Bürger angewiesen.

NIPPES GEHÖRT UNS !

Kontaktadresse:
Interessengemeinschaft
6648: H. G. Richter, 5 Köln60
Nelkenstr. 19 Tel:723761



Erfolg für Monheimer Mieter

In Monheim bei Leverkusen schnitten sich die Herrschenden ins eigene Fleisch. Was sie taten, kann in ihrem Sinne nur als "unverzeihlicher Fehler" gewertet werden. Unbemerkt betrieben sie selbst Reklame für den Kampf der Mieter gegen die Vermieter.

Vor einigen Monaten haben 72 Mieter eines Häuserkomplexes der IBM in Monheim eine Benachrichtigung bekommen, nach der sie Anfang nächsten Jahres DM 1oo.- mehr Miete zahlen sollten. Es wurde ihnen unmißverständlich klargemacht, daß sie ihre Sachen zusammenpacken und ausziehen sollten, falls sie diese Mieterhöhung nicht akzeptierten.

MIETERBUND WINKTE AB

Gleichzeitig mit dem Schreiben wurden die 72 betroffenen Mieter aufgefordert, auf einem beigefügten Formular ihre Einwilligung für die erhöhte Miete zu geben. 2/3 der Mieter unterschrieben aus Angst die Einwilligung für eine Mieterhöhung, denn auch schon vor den Toren von Köln sieht die Wohnungsmarktsituation nicht gerade rosig aus.

Die restlichen Mieter schlossen sich zu einer Notgemeinschaft zusammen, weigerten sich, das Formular zu unterschreiben und wandten sich an den Mieterbund Opladen und Düsseldorf. Diese beiden für die Mieter arbeitenden Institutionen winkten ab. Der Fall schien ihnen aussichtslos wie viele andere Fälle auch.

Schon etwas weniger mutig wandten sich die Mieter an einen "Einzelkämpfer", der für den Mieterverein Monheim nur samstags Mieter berät. Er schrieb an den Haus- und Grundbesitzerverein in Düsseldorf, der den Häuserkomplex für das amerikanische Unternehmen verwaltet. Der Haus-und Grundbesitzerverein Düsseldorf gab die Beschwerde weiter an IBM. Der Großkonzern als Besitzer der Häuser zeigte sich "sozial" und willigte ein. Ja, er sei bereit, für die Mieter,die sich zusammengeschlossen hätten,die Erhöhung um 5o% zu reduzieren.

REDUZIERUNG NICHT FÜR ALLE

Aus diesem Beschluß entstand die groteske Situation, daß die Mieter, die sich zusammengeschlossen hatten und gemeinsam für ihre Belange kämpften, mit einer 5o %igen Reduzierung von den Herrschenden belohnt wurden, während die anderen,die aus Angst vor einer Kündigung den Mund gehalten hatten, die DM 1oo.- mehr voll bezahlen mußten. ●

* * * * * * *

Robert Blum

* * * * * * *

Am 9. Nov. 1848, also vor genau 125 Jahren, wurde in Wien Robert Blum erschossen. Das "Kaiserlich österreichisch-ungarische" Erschiessungskommando tötete nach einem Urteil des "Kaiserlich österreichisch-ungarischen" Kriegsgerichts einen Mann, der die Sache des Volkes, die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten konsequent vertreten hatte. Die herrschende Clique ermordete einen Kämpfer für die Freiheit, dessen Popularität für sie gefährlich war und dessen politischer Weg weit über die bürgerliche Revolution von 1848 hinaus für uns interessant ist.

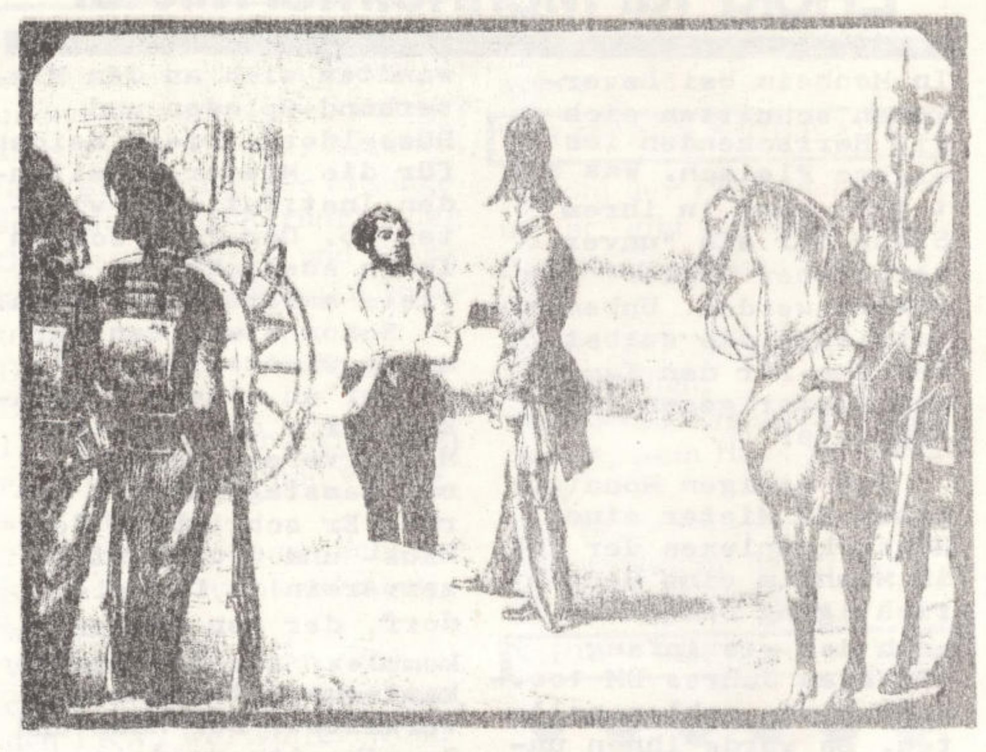
In Köln geboren

Robert Blum wurde am 10. November 1807 am Fischmarkt in der Kölner Altstadt geboren. Mit 25 Jahren ging er nach Leipzig und arbeitete als Theatersekretär. 1847 gründete er dort eine Volksbuchhandlung. 1848 ist das Jahr der gescheiterten bürgerlichen Revolution. Aber wenn es sich auch um den Versuch der Ablösung der absolutistischen Monarchien handelte, so waren es doch keineswegs nur "Bürgerliche", die für die Freiheit vom fürstlichen Joch kämpften. Auf den Barrikaden vom 18. März 1848 in Berlin standen ebenso , wie übrigens auch später bei der Pariser Kommune 1871, Kämpfer aus den verschiedenen unteren Schichten des Volkes, Arbeiter und Handwerksgesellen. Auch die Ziele einiger Aufständischer gingen über die bürgerlichen Forderungen nach Liberalisierung der Monarchie und der Errichtung eines Einheitsstaates hinaus. ▶

Barrikaden in Wien

So wurde auf den Barrikaden von Wien für internationalistische und z.T. sozialrevolutionäre Ziele gekämpft. Robert Blum stand mit auf diesen Barrikaden. Er war im Mai dieses Jahres in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt und hatte dort als einziger Abgeordneter durch seine politische Aktivität in seinem Wahlkreis (Leipzig) nicht nur Wählerstimmen, sondern auch so etwas wie Volksmassen hinter sich.

Da die Nationalversammlung monatelang diskutierte, politisch aber gegen die Monarchien nicht ankamm, entwickelten sich neue Unruhen, die in Wien dazu führten, daß der Kaiser und mit ihm der gesamte Adel fluchtartig die Stadt verließen. Bürgerwehr und bewaffnete Arbeiter sowie Studenten beherrschten die Stadt.



Erschießung des P... ...chen-Abgeo... ...eten Robert Blum am 9. November 18...

Deutsche, Polen, Ungarn und Italiener kämpften gemeinsam gegen die kaiserlichen Unterdrücker. Ungarn kamen den bedrängten Freischaren in Wien zu ...fe, aber schließli... siegte doch die brutale Militärmaschinerie. Einige der Revoltierenden, unter ihnen Robert Blum, wurden hingerichtet. Am 9. Nov. jährt sich zum 125. Male sein Todestag.

Parlamentarismus

Bestechung, Korruption und Schiebung

Konsequente Verteidiger des politischen Systems in der BRD loben den Parlamentarismus als eine der Säulen unserer gesellschaftlichen Ordnung. Sie erheben ihre Stimme um so lauter, je mehr breite Teile der Jugend und der politisch Interessierten demokratische Alternativen zum jetzigen System diskutieren – und je mehr klar wird, daß Parlamentarier durchaus nicht so würdig, hochwohlgeboren, integer und jeglichen geldlichen Gelüsten abhold sind, wie sie immer gern vorgeben.

BESTECHUNGSGELDER ÜBERALL

Denn nicht nur auf dem grünen Rasen der Bundesligafußballplätze, sondern auch in den würdigen Hallen der Parlamente wird die Sprache des Geldes – des Bestechungsgeldes versteht sich – gesprochen. Sie gehört schon zum "guten Ton", ist fast Umgangssprache. Es fehlt nur noch die Waage, in deren rechter Waagschale der jeweilige Abgeordnete gegen bare Münze aufgewogen wird. Man ist jedoch ängstlich bemüht, diejenigen, die mit ihrer Stimme dafür sorgen, daß man in "Walhalla" einziehen konnte, nichts von dunklen Machenschaften wissen lassen. Aber manchmal





"Also sehen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Politiker an und für sich ist sicher kein schlechter Mensch.



Natürlich gibt es auch heute in unserer freiheitlichen Demokratie wieder Leute, die genau das Gegenteil behaupten.



Als Mann der Praxis kann ich über so etwas nur lachen. Natürlich gibt es hier und da schwarze Schafe Aber schließlich sind wir alle nur Menschen.



Gerade meine Parteifreunde und ich sind immer mit aller Entschiedenheit für einen sauberen parlamentarischen Staat eingetreten.



Und wenn draußen im Lande eine Handvoll Radikaler versucht, die Bevölkerung gegen ihre Herren...äh... gewählten Vertreter aufzuwiegeln, so müssen alle.



...aufrechten Demokraten mit allen zu gebote stehenden Mitteln diesem Treiben ein Ende machen. Den gesunden Elementen unseres Volkes gehört die Zukunft."



cspdu

Wieviele Beraterverträge haben Sie ???

– in letzter Zeit sogar sehr häufig – kommt dann doch dieses und jenes kleine Korruptionsspielchen heraus wie im Fall Steiner einer besonders delikaten Variante von Korruption.

BERATERVERTRÄGE

Es gibt noch andere Fälle: Da waren Gerstenmeier und Barzel,(der 60.000 DM nahm und heute noch nichts dabei findet), Helms und Konsorten sowie Wienand und inzwischen sind wir soweit, daß nur 80 von 496 Bundestagsabgeordneten erklären, daß sie keine Beraterverträge haben.

Es wird nur die Spitze eines Eisberges von Bestechungen, Beraterverträgen, Parteiwechseln, ominösen "Zuwendungen", günstigen "Erwerbungen" oder wie immer man diese Schiebungen nennen mag, sichtbar.

VOLKSHERRSCHAFT?

In unseren Parlamentarischen Demokratie darf der Bundesbürger alle 4 Jahre die von 3 Parteispitzen bestimmten Kandidatenlisten bestätigen(welche Wahl haben wir dann wirklich?). So dann darf er zusehen, wie sein Kandidat die Partei wechselt, durch Beraterverträge an Industrieinteressen gebunden oder möglichst direkt bestochen wird. Angesichts dieses Systems kann man einfach das Wort Demokratie (Volksherrschaft) nicht mehr in den Mund nehmen, ansonsten muß man es sich wirklich gefallen lassen, als bösartiger Zyniker bezeichnet zu werden. Wenn wir dann noch beobachten, wie auch in unseren Stadtparlamenten der Sog des großen Geldes die Entscheidungen bestimmt, wie auch im lokalen Rahmen der Stadtrat nicht Volks- sondern Kapitalinteressen vertritt, dann nimmt es nicht wunder, daß immer größere Teile der Bevölkerung sich in ihrer Ahnung bestätigt sehen, daß "die da oben" mit uns ohnehin machen, was sie wollen.

Brief eines Fahnenflüchtigen

Alle 3 Monate, viermal im Jahr, werden junge Leute – meist nach Beendigung ihrer Ausbildung – zur Bundeswehr eingezogen. Man sieht sie, bevor sie in einem sogenannten Sammeltransport zu ihren "Einheiten" transportiert werden, am Bahnhof stehen, die einen froh, endlich von zu Hause wegkommen zu können, die anderen ängstlich angesichts dessen, was sie erwartet.
Die Jungen, die angenehme Erwartungen haben, sollen sehr bald enttäuscht werden. Welch' unangenehme Erfahrungen man bei der Bundeswehr machen kann, wie wenig dort auf die Würde des Menschen Rücksicht genommen wird, zeigt der im folgenden abgedruckte Leserbrieb eines 19-jährigen.

Als ich 19 Jahre alt war, wurde ich zum Bund eingezogen. Ich ahnte noch nicht, was mich erwartete. Nach kurzer Zeit hatte ich die Schnauze so voll, daß ich abhaute. Ich blieb nicht lange frei, dann nämlich kamen die Feldjäger (Militärpolizei) und holten mich ab. Ich wollte nicht mitgehen, doch mein Widerstand wurde brutal niedergeknüppelt. Ich wurde mit zur MP-Wache genommen. Dort wurde ich von einem Offizier in Empfang genommen.

IM BAU

Dieser Offizier schlug michgrundlos ins Gesicht. Ich wurde verhört und dann in eine Zelle gesperrt. Diese Zelle war 2 Meter breit und 4 Meter lang. In dieser Zelle standen eine Holzpritsche, ein Stuhl, ein Waschbecken und ein Klo. Auf der Holzpritsche durfte man sich setzen. Wer auf der Pritsche lag und dabei erwischt wurde, für den gab es Hiebe. Hinlegen war erst ab 20 Uhr erlaubt. Zu Essen gab es nicht viel. Ein Paket mit folgendem Inhalt:Trockene Kekse, Marmelade aus der Tube, Pökelfleisch aus der Dose, Reis mit Gulasch aus der Dose, 50 Gramm Kaffeepulver und Tee. Das Essen war natürlich kalt. Man hatte keine Möglichkeit es sich zu wärmen. Am nächsten Morgen wurde ich sehr früh geweckt, mein Abholkommando war da. Wir wurden von der MP zum Bahnhof gefahren. Dort mußte ich bei den Bahnbullen solange warten, bis unser Zug fuhr. Nach 6 Stunden Fahrt hatten wir unser Ziel erreicht. In der Kaserne angekommen, wurde ich durch den Kompaniechef vernommen. Meine Begründung, warum ich überhaupt abgehauen bin, war ihm nicht gut genug. Ich fing mir 14 Tage Knast ein, diese saß ich jedoch nicht ab, da ich wieder abgehauen war.

Ich wurde wieder durch die MP gefaßt. Ich kam wieder in eine Zelle. Diesmal wurde ich von 2 Mann abgeholt. Die Leute hatten Handschellen bei sich, sie drohten mir diese, bei der geringsten Kleinigkeit anzulegen. In der Kaserne angekommen wurde ich wieder vernommen. Jetzt saß ich auch meine 14 Tage Knast ab. Es war furcht-

bar. Ich dachte, ich würde wahnsinnig. Man kommt überhaupt nicht raus. Es ist wie im richtigen Knast. Pro Tag hatten wir 1 Stunde Rundgang. Auf diesem Rundgang wurden wir von einer bewaffneten Streife begleitet. Diese hatte den Auftrag, Flucht durch körperliche Gewalt (Schlagen, Schießen) zu brechen. Meine Zeit war nun um. Nun erwarteten mich 21 Tage Knast. Nun war mir alles egal. Ich haute wieder ab. Diesmal wurde die Sache an die Staatsanwaltschaft abgegeben. ich bekam eine Ladung zum Gericht. Auf dem Termin erschien auch mein Kompaniechef. Er war als Zeuge gegen mich geladen worden. Er versuchte nun mit allen Mitteln mir ein auszuwischen. Das mißlang ihm.

DIE FELDJÄGER

Ich bekam von dem Richter eine mündliche Verwarnung. Mir wurde bewußt, daß es so nicht weiter gehen kann. Ich haute wieder ab. Als die Feldjäger diesmal kamen, hatte ich so eine Angst, daß ich durchdrehte. Ich griff die Feldjäger an. Das hätte mir bald das Leben gekostet. Ein Feldjäger zog seine Pistole und drohte, er werde von der Schußwaffe Gebrauch machen. Das war mir nun auch egal, lieber wollte ich sterben, als mit zur Wache zu gehen. Die MP wußte sich nicht zu helfen und forderte Verstärkung an. Diese kam in der Gestalt von Bullen. Sie stellten mir nun ein Ultimatum: So oder so würden sie mich mitnehmen. Nun wurde ich wie ein Schwerverbrecher abgeführt. Auf der MP-Wache wurde ich dann wieder geschlagen. Ich wurde wieder meiner Einheit zugeführt. Nun bin ich wieder auf Achse. Ich stelle nun einen Antrag, um als Wehrdienstverweigerer anerkannt zu werden. Sollte ich nicht anerkannt werden, so haue ich immer wieder ab. Entweder ich werde als Kriegsdienstverweigerer anerkannt, oder ich werde unehrenhaft aus der Bundeswehr entlassen.



ROTE HILFE

FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN

In einer unserer Letzten Ausgaben berichteten wir über die Situation der Häftlinge in den Gefängnissen der BRD. An einigen Beispielen zeigten wir unter welch unmenschlichen Bedingungen Gefangene oft jahrelang leben müssen. So ist ihnen z.B. nur einmal im Monat unter Aufsicht eines Beamten oder sogar überhaupt nicht erlaubt, Besuch zu empfangen.

ALLE GEFANGENEN SIND POLITISCHE

RotenHilfe - Schwarzkreuz ist eine Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Gefangene zu unterstützen und die Ursachen, die etliche Menschen in Konflikt mit der Gesellschaft bringen, aufzuzeigen. Denn alle Straftaten entstehen durch die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie ausgeführt werden; sie werden durch sie hervorgerufen und bedeuten eine bewußte oder unbewusste Auflehnung gegen diese Verhältnisse. Insofern sind alle Straftaten als politisch zu verstehen.

SCHREIBT DEN GEFANGENEN

Wir unterstützen die Gefangenen, indem wir ihnen Briefe schreiben und Bücher schicken, Anwälte für sie beschaffen und IHnen finanzielle Hilfe leisten. Vor kurzem veranstalteten wir ein Rote-Hilfe-Fest zu Gunsten der Gefangenen, auf dem wir die Ursachen der "Kriminalität" zu erklären versuchten und über die Verhältnisse im Knast berichteten. Einige besonders krasse Fälle wollen wir hier nochmal darstellen. Die Leute brauchen Unterstützung, denn jahrelange Isolation im Knast ist kein Honigschlecken. Schreibt ihnen mal und gebt ihnen damit das Gefühl, daß sie nicht

Fortsetzung Seite 11



„Es ist legitim, Gesetze bewußt zu brechen, wenn sie nicht Recht verkörpern sondern Unrecht. (Dieser Auffassung ist übrigens auch das Grundgesetz: siehe Art. 20 Abs. 4 GG: Recht zum Widerstand.) Der Kampf gegen eine ungerechte Herrschaftsordnung darf auch mit illegalen Mitteln geführt werden, wenn die Anwendung legaler Mittel nicht zum Ziel führt. Illegalität ist nicht an sich ein Verbrechen, sondern nur dann, wenn sie Ausdruck von Unmenschlichkeit, Willkür, tötender und zerstörender Gewalt ist. Legalität ist nicht an sich gerechtfertigt, ist kein Wert an sich, sondern sollte nur dann beachtet werden, wenn die Legalität Ausdruck von Recht und Gerechtigkeit ist."

München

E. LANGMANN
F. NIEPEL
H. WÄCHTLER
Rechtsanwälte

Welche Legitimation besitzt dieses Gericht außer der hinter ihm stehenden staatlichen Macht, außer dem Gewaltmonopol des Staates im Rücken, den Angeklagten zu verurteilen? Welche Legitimation besitzt das Gericht zur Verurteilung eines Menschen für seinen Kampf gegen die bestehende Herrschaftsordnung, wenn diese Herrschaftsordnung ein System der Klassenherrschaft und der Unterdrückung ist?

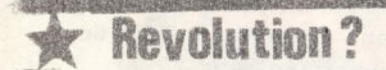
Das Gericht muß Stellung nehmen zu der Tatsache, daß in der BRD ein System der Klassenherrschaft und Unterdrückung besteht und ... wieso der Kampf mit illegalen Mitteln gegen die Klassenherrschaft und Unterdrückung in der BRD kriminell ist, wenn es keine Alternative gibt.

Die Verteidigung ist der Auffassung, daß die Justiz auch in diesem Strafverfahren keinerlei Interesse daran hat, der Frage nach den Ursachen des illegalen Kampfes gegen das System der Klassenherrschaft ... seiner ethischen Berechtigung und Notwendigkeit nachzugehen ...

Als Organ der Rechtspflege ist es unsere Aufgabe ... den Schein zu zerstören, als werde hier Recht gesprochen ... um deutlich zu machen ... die Teilnahme der Justiz am politischen Machtkampf zur Ausschaltung des politischen Gegners ...

CHILE

Verfassungstreue



"Der Feind steht rechts", Diese Erkenntnis der Jusos und der DKP nach dem Putsch in Chile ist bemerkenswert. Denn wer hätte das geahnt? Hält sich das Bürgertum doch wahrhaftig nicht an die Spielregeln des "demokratischen Sozialismus"; ja selbst die eigene Verfassung wird gebrochen. Welche Infamie. Da sind"Revolutionäre" angetreten die bürgerliche Verfassung zu hüten und das Bürgertum beseitigt sie. Ob dieser Verkehrung der politischen Ziele hat sich der alte Marx bestimmt schon um 90 Grad in seinem Grabe gedreht.

FRIEDEN MIT DER BOURGEOISIE

Wo doch die chilenische Volksfront so darauf bedacht war, die "nationale Bourgeoisie" nicht zu verärgern. Die Einkommen der Mittelschicht z.B. stiegen in den letzten 3 Jahren am stärksten an. Die Kommunistische Partei Chiles proklamierte die Koalition mit den bürgerlichen Parteien, nach dem Motto "Gegen die Bourgeoisie läßt sich keine Revolution machen." Und wieder dreht sich Marx um 90 Grad. Nur der Lenin liegt noch richtig. So rief denn die auf bürgerlichen (ökonomisch wie politisch) Grundlagen arbeitende "sozialistische Volksfrontregierung" (ein Meisterstück parteikommunistischer Dialektik) Arbeiter, die ihre Fabrik besetzt hatten wie auch Landarbeiter, die ihren Grundbesitzer verjagt hatten, zur verfassungsmäßigen Ordnung. Dies oft auch mit Gewalt. Man durfte doch die "verfassungstreuen"Militärs und die herrschende Klasse nicht reizen.

ORDNUNG MUSS SEIN

Nein, so geht es nun doch nicht, schließlich muß der Sozialismus per Gesetz durch das Parlament beschlossen werden.und das geht eben nur mit der absoluten parlamentarischen Mehrheit. Ist so ein Gesetz dann beschlossen, akzeptiert das Bürgertum diese Entscheidung natürlich und überläßt die wirtschaftliche und politische Mach der Arbeiterklasse. Soweit die Theorie von Wladimir Dogmanow vom Moskauer Zentralinstitut für Revolutionsplanung. Aber dies traf für Chiles Volksfront gar nicht zu, denn sie hatte noch nicht die absolute Mehrheit. Nun, da Volksfrontler ja flexibel sind, wollte man die bürgerlichen Abgeordneten langfristig für den Sozialismus gewinnen bzw. vertraute auf den nächsten Wahlerfolg.
Und wieder mal erwiesen sich Parteikommunisten und Sozialdemokraten als große Meister der Taktik, was dem Bürgertum Zeit und Musse gab, ihren Putsch vorzu bereiten.

Work-in bei Triumph

1750 Beschäftigte der Britischen Triumph-Werke in Coventry/Meriden die für Februar 74 angekündigte Schließung des Werks durch ein „Work-in" und eine Fabrik-Blockade zu verhindern. Zur Zeit verweigern die Arbeiter die Auslieferung der Motorräder. Manager der Muttergesellschaft Norton-Villier-Triumph dürfen das Werksgelände nicht betreten. Der Plan der Arbeiter: mit Gewerkschaftsmitteln und Eigenkapital wollen sie eine Arbeiter-Kooperative gründen, die das Unternehmen übernehmen und selbst verwalten soll.

Fortsetzung von S. 9

Rote Hilfe...

allein sind, sondern auf Hilfe von draußen rechnen können.

Patrick Murphin:

Murphin wurde zu drei Jahren verurteilt, weil er sich weigerte,den Herrschenden als Kanonenfutter zu dienen. Die ersten sechs Monate muß er in Sandstone Federal Penitentary absitzen, der Rest wurde zur Bewährung ausgesetzt.
Für seine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe wurden vor allem seine Aktivitäten in der Gewerkschaft IWW und anderen "Subversiven" Organisationen, wie Schwarzkreuz herangezogen.

Patrick Murphin
9235-147 Box 1000
Sandstone, Minn. 55072
USA

Tommy Marshburn:

Er wurde für versuchten Ausbruch zu 500 Jahren verurteilt. Der Bezirksankläger forderte 5000 Jahre, aber die Jury war offensichtlich in nachsichtiger Stimmung!
Tommy sagt dazu:"Ich könnte nicht mal die 75 Jahre absitzen, die sie mir schon aufgebrummt hatten." Er hat nun noch eine andere Anklage zu erwarten. Unterdessen will er den Kontakt nach draussen nicht verlieren.

Tommy P. Marshburn
500 Commerce Street
Dallas, Texas 75202
USA

HEINZEL MARKT

Fahrräder gesucht, billigst !
Tel. 319772

Ofen zu verschenken
Tel. 319772

Alter Glotzkasten mit 3 Programmen günstig gesucht.
Tel. 246520

Babywäsche für Neugeborenes zu verschenken.
5 Köln 1
Altermarkt 18
Walter Remsky

Tonbandgerät (Grundig TK 125) zu verkaufen.
100,- DM.
H.P.Meyer, 5 Köln 30
Hauffstr. 16

6-Zimmer Wohnung von linken Leuten gesucht.
Anfragen an HEINZELPRESS VERLAG.

Kommt zum Internationalen Arbeiterfest

Am 17. November, 17^{oo}, findet in der Stadthalle in Köln - Mülheim ein internationales Arbeiterfest statt. Türken und Italiener, Spanier und Griechen werden mit deutschen und anderen ausländischen Kollegen Musik aus ihren Ländern hören. Außerdem ist eine Theateraufführung geplant. Ziel des Festes, das vom Anarchosyndikat und von den Kölner Heinzelmenschen organisiert wird, ist die Stärkung der Solidarität der Lohnabhängigen der verschiedenen Nationalitäten.

Kölner Bürgerinitiativen informierten

Am 3.Nov. informierten auf dem Neumarkt 9 Köln Kölner Bürgerinitiativen die Bevölkerung über ih ihre Arbeit. 10000 Zeitungen "Kölner Bürgerinitiativen informieren" mit Texten über die Lage in den verschiedenen Vierteln der Stadt wurden verteilt.

(Diese Zeitung ist unter Beifügung von Rückporto über den Verlag zu beziehen.)

Es war das erste Mal, daß verschiedene Bürgerinitiativen gemeinsam auftraten. Auf Plakatwänden wurden die Probleme von Niehl und Nippes, Severinsviertel, Werderstraße und Altstadt dargestellt. Die Bürgerinitiative Werderstraße zeigte u.a. Oberstadtdirektor Mohnen als Hampelmann des großen Geldes -siehe Titelfoto- da mit seiner Hilfe die Anwohner des Viertels a aus ihren Wohnungen vertrieben werden, an deren Stelle Versicherungskonzerne monotone Hochhausklötze errichten.

Die Aktion auf dem Neumarkt war der erste Schritt zur gemeinsamen Arbeit der Bürgerinitiativen, denn was wir im Viertel gelernt haben, gilt auch für die ganze Stadt : Nur gemeinsam sind wir stark !

- Bürgerinitiative Astaweg
  Hans Grüning, 5 Köln 6o, Sebastianstraße 10
- Bürgerinitiative Nördliche Altstadt (Bina):
  Kontaktadressen:
  Ingrid Fohlmeister, 5 Köln 1, Maastrichter Str. 55
  Konrad R. Müller, 5 Köln 1, Neußer Str. 57
- Bürgerinitiative Südliche Altsta
  5 Köln 1, Ubierring 61a
  Tel 31 69 25
- Bürgerinitiative Werderstraße
  Walter Papst, 5 Köln 1, Werder
  straße 23 Tel 513793
- Bürgerversammlung Altstadt
  5 Köln1, Auf demRothenberg 11
  Tel 21 51 75

NIPPES GEHÖRT UNS!

- Interessengemeinschaft 6648
  H. G. Richter , 5 Köln 6o, Nelkenstraße 19 Tel 723761
- Trägerverein Abenteuer und Bauspielplatz Hindenburgpark,
  5 Köln 1, Agrippinaufer 4
  Tel 31 66 65

DER VEREIN "WINK"

- "Wohin in Nippes, Kinder?"e.V
  Uschi Schmitz
  5 Köln 30, Försterstraße 46

Frauen-Zentrum Ehrenfeld

5 Köln 30, Geißelstr. 44
Ab 15. November macht die Frauengruppe Ehrenfeld in ihrem Zentrum in der Geißelstraße Informationsveranstaltungen und Beratungen.

IMPRESSUM

HEINZELPRESS Redaktionskollektiv.
Presserechtlich verantwortlich:
Arne Houben, 5 Köln 1
Moltkestr. 27
Tel. 248 222
Druck: Heinzelpress-Verlag, 5 Köln 1, Moltkestr. 27
Konto Nr. 14o938 bei Kölner Bank von 1867
5 Köln 1, Heumarkt